

7

84

Union in Deutschland

Bonn, den 23. Februar 1984

Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß

Wir haben gute Arbeit geleistet

Heute, fast zwölf Monate nach der Bundestagswahl, darf ich sagen, daß wir, die CDU Deutschlands, als der wesentliche und tragende Teil dieser Koalition gemeinsam mit unseren Freunden in der CSU und unseren Kollegen in der FDP im Rückblick auf diese zwölf Monate eine sehr gute Arbeit geleistet haben, stellte Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß der Partei am 20. Februar im Bonner Konrad-Adenauer-Haus fest. Eine Arbeit, die sich im Vergleich mit allen bisherigen Bundesregierungen sehr wohl sehen lassen kann.

Die Tatsache, daß wir trotz mancherlei Schwierigkeiten und Problemen in allen wesentlichen demoskopischen Instituten zwischen 49 und 50 Prozent notieren, zeigt, daß unsere Politik auch von unseren Mitbürgern mitgetragen wird. Wir haben einen ganz entscheidenden Schritt nach vorne getan in der Frage der Konsolidierung des Staatshaushaltes. Wir sind noch nicht am Ende des Weges angelangt, aber wir haben wesentliche Schritte nach vorn machen können. Es ist unübersehbar, daß die wirtschaftliche Erholung in Gang gekommen ist, daß es gelungen ist, 1983 statt Nullwachstum ein Wachstum von über 1 Prozent zu erzielen, daß alle Prognosen für 1984 darauf hinausgehen, daß das Wachstum zwischen 2 und 3 Prozent betragen wird. Das alles sind ermutigende Zeichen.

■ PARTEI

Helmut Kohl vor dem Bundesausschuß: Engagieren Sie sich mit ganzer Kraft für die Europawahl
Heiner Geißler: Unser Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zeigt viele vernünftige und praktische Maßnahmen auf
Seite 3—8

■ DEMOSKOPIE

Politische Stimmung gut für die Union
Seite 9

■ WAHLEN

„Volksbefragung“ stößt auf rechtliche Bedenken
Seite 10

■ MEDIEN

Das neue Konzept der SPD ist ein später Sieg der Vernunft
Seite 11

■ EAK

Bericht von der Bundestagung in Wuppertal-Barmen
Seite 13

■ STICHWORT

Die 59er-Regelung
Seite 15

■ DOKUMENTATION

Das vom Bundesausschuß verabschiedete Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit grüner Teil

Abbau der Arbeitslosigkeit: Thema Nummer 1

In der Innenpolitik bleibt die Aufgabe Nummer eins der Abbau der Arbeitslosigkeit. Der Aufschwung hat auf breiter Front begonnen, aber wir haben in diesem Jahr schwierige Klippen zu bewältigen. Ich denke an die besondere Verantwortung der Tarifpartner. Angesichts der sehr schwierigen Konkurrenzlage, in der sich die deutsche Wirtschaft auf den Weltmärkten befindet, ist es selbstverständlich, daß wir als Politiker den Rat geben, bei diesen Tarifverhandlungen mit Augenmaß und Sinn für das Mögliche zu verhandeln und zu entscheiden.

Die Tarifabschlüsse dieses Jahres werden entscheidend die wirtschaftliche Zukunft der nächsten Jahre mitbestimmen. Und das war auch der Grund, warum ich so klar und entschieden Position bezogen habe zum Thema „35-Stunden-Woche“.

Ich weiß um die großen Verdienste der deutschen Gewerkschaften. Ohne ihre Vernunft und ohne ihre Verantwortungsbereitschaft wäre der Aufbau der Bundesrepublik Deutschland — so wie er dann gemeinsam gelang — nicht möglich gewesen. Ich weiß um die Tatsache, daß wir im Vergleich zu anderen Ländern in der Gemeinschaft und draußen in der Welt etwa im Blick auf die Streikzeiten, die wir erlebt haben, sehr günstig dastehen.

Ich weiß natürlich auch, daß die Arbeitszeit in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich abgebaut wurde. Und natürlich ist das, was sich jetzt als Arbeitszeit in der Bundesrepublik bietet, sicherlich kein Dogma für alle Ewigkeit. Auch das wissen wir. Aber wer in dieser gesamtwirtschaftlichen Situation die Forderung erhebt, daß er die Wochenarbeitszeit und die Lebens-

arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzen will, der muß auch die Frage mitantworten, wie wirkt das auf unsere Wirtschaft? Und zwar nicht nur auf die Großindustrie, sondern auf die breite Schicht der kleinen und mittleren Unternehmen, von denen aus vor allem die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen muß. Mein Befund ist klar: Ich bin der Überzeugung, daß die 35-Stunden-Woche, jetzt durchgeführt, unseren Aufschwung nicht nur hemmen, sondern stoppen würde. Und deswegen meine klare Erklärung zu diesem Sachverhalt.

Wir müssen, um wieder voranzukommen, um tatsächlich den Aufstieg zu schaffen, unseren wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs konsequent durchhalten. Nur so können wir die Arbeitslosigkeit abbauen und vor allem der jungen Generation eine wirtschaftliche Zukunft sichern.

Auf diesem Weg ist noch viel zu tun. Beispielsweise in den politischen Rahmenbedingungen. Wir werden in diesen Tagen in der Bundesregierung die ersten Ergebnisse zum Thema Entbürokratisierung haben. Das wird für die nächsten Monate ein wichtiger Beitrag für jene sein, die wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen haben.

Diskussion um die Steuerreform ist notwendig

Wir werden in den nächsten Monaten eingehend über die in der Regierungserklärung angekündigte Notwendigkeit und die Inhalte der Reform der Lohn- und Einkommensteuer zu sprechen haben. Diejenigen, die uns einreden wollen, daß diese Entscheidungen in diesen Tagen möglichst mit wenig öffentlicher Diskussion geschehen soll, die verkennen das Wesen einer Volkspartei. Man kann nicht erwarten, daß in einer Partei wie die CDU/CSU, die rund 50 Prozent der Wähler umfaßt,

Der Kanzler zur Europawahl:

Engagieren Sie sich mit ganzer Kraft

Das Datum 17. Juni ist dieses Jahr in einer besonderen Weise symbolisch. Es ist der Tag der deutschen Einheit, und es ist die Wahl zur zweiten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments. Das ist in sich kein Gegensatz. Die Frage der Einheit unserer Nation läßt sich mit Sicherheit nur befriedigend und auf friedlichem Wege lösen gemeinsam mit unseren Nachbarn in Ost und West und vor allem unter einem europäischen Dach.

Ich weiß, daß mancherlei Europamüdigkeit durchs Land geht, aber ich möchte Sie alle aufrufen, Ihre ganze Kraft in dieser Wahl einzusetzen. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands war immer die Europapartei der Deutschen, und daran wird sich in Zukunft nichts ändern, allen Ärgers und bei allem Verdruß, wenn es um die Details geht. Wir brauchen Europa alle, aber wir, die Deutschen, brauchen es ganz besonders. Und deswegen rufe ich Ihnen zu: Engagieren Sie sich mit ganzer Kraft in diesem Wahlkampf, damit wir in einem möglichst großartigen Bekenntnis zur wachsenden politischen Einigung Europas unseren Beitrag leisten.

Wir werden in den nächsten Wochen unter der französischen Präsidentschaft in der Gemeinschaft schwierige Fragen zu erledigen haben. Fragen, die auch von uns Opfer abverlangen. Aber ich bleibe bei meiner These, die ich damals aus Anlaß der letzten Wahl zum ersten freigewählten Parlament immer wieder vorgetragen habe: Jede Mark vernünftig in Europa investiert, ist eine Abschlagszahlung für die freiheitliche Zukunft der Deutschen.

daß in diesen Parteien Gewerkschaftsführer, Arbeitnehmer, Betriebsräte genauso wie Unternehmer, Landwirte, Schüler, Studenten, Beamte, um nur einige zu nennen, Männer und Frauen ihre politische Heimat finden und nicht gleichzeitig eine faire demokratische Diskussion in der Partei möglich machen. Eine solche Diskussion ist nicht Zeichen der Schwäche, sondern Zeichen der inneren Stärke unserer Partei und deswegen wird diese Diskussion geführt.

Ziel unserer Politik muß sein, einen Beitrag zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, einer familienfreundlicheren Gesellschaft zu leisten.

Das werden wir in aller Offenheit miteinander diskutieren und ich bin sicher, diese

Diskussion bis zum Ende dieses Jahres in einer Weise zum Abschluß gebracht zu haben, daß die gesetzgebenden Körperschaften die notwendigen Entscheidungen sehr rasch treffen können.

Leistung muß sich wieder lohnen

Dabei müssen wir manches aufarbeiten, was in der Vergangenheit steckengeblieben ist. Etwa im Bereich der Forschungsinvestitionen. Wir müssen den Unternehmensgeist und die Eigeninitiative unserer Mitbürger stärken. Leistung ist für uns nicht irgendein psychologischer Fetisch, die Bereitschaft zur Leistung ist die Voraussetzung für jeden Fortschritt der Verunft in der Bundesrepublik Deutschland.

Es ist zugleich auch die Chance, der Arbeitslosigkeit entscheidend begegnen zu können. Dies gilt ganz besonders für die junge Generation. Hier haben wir mit der Lehrstellenaktion einen wesentlichen Schritt nach vorne tun können. Wir werden heute ein umfangreiches Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit diskutieren. Notwendig sind auf diesem Wege viele kleine Schritte. Es gibt auf diesem wohl schwierigsten Feld unserer Gesellschaft gegenwärtig keinerlei Patentlösungen. Wir werden ein ganzes Paket von Lösungen zu überlegen haben und müssen offen und ehrlich gegenüber der jungen Generation bekennen, daß auch diese einzelnen Lösungen nicht über Nacht zum Erfolg führen werden.

Unsere Politik ist berechenbar

In den Beziehungen zwischen Ost und West haben gerade die letzten Wochen und Monate deutlich gemacht, wie richtig der alte, tragende Satz von CDU-Politik ist: Ohne Frieden kann die Freiheit nicht bestehen, was aber auch richtig ist: ohne Freiheit kann der Friede nicht dauern.

Dieser innere Zusammenhang ist und bleibt ethische Grundlage unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Wir haben unseren Beitrag zur Sicherung des Friedens in Freiheit geleistet. Ich habe gerade in diesen Tagen bei meinen Gesprächen in Moskau gespürt, wie wichtig es ist, für unsere Freunde im Westen und für unsere Gesprächspartner im Osten, daß die Politik der Bundesrepublik Deutschland eine berechenbare Politik ist. Daß wir hier in Bonn nicht anders sprechen, nicht mit anderer Zunge sprechen, als an irgendeinem anderen Platz in der Welt.

Daß auf unser Wort Verlaß ist, ist die Voraussetzung für den notwendigen Dialog und die Zusammenarbeit in allen Bereichen: Bei den Besprechungen und Verhandlungen in Stockholm, in ein paar Ta-

gen bei der Wiederaufnahme der MBFR-Verhandlungen in Wien, bei allen Gesprächen, die wir darüber hinaus in Ost und West zu führen haben, bleibt unser Ziel: Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen.

Und gerade weil wir uns als berechenbarer Partner erwiesen haben und gerade, weil wir unser gegebenes Wort gehalten haben, haben wir auch eine besondere moralische Verpflichtung, aber auch eine moralische Autorität, in den Gesprächen in Ost und West, auch in den Gesprächen, die ich in wenigen Tagen mit dem amerikanischen Präsidenten in Washington zu führen habe, darauf zu dringen, daß es bei der Idee bleibt, in einer waffenstarrenden Welt auf allen Ebenen so schnell wie möglich zu wirklich kontrollierter Abrüstung zu kommen.

In Deutschland zugunsten der Menschen vorangekommen

Wir haben im vergangenen Jahr allen skeptischen Bemerkungen im In- und Ausland zum Trotz unser Wort gehalten. Wir haben, wie es mein Amtsvorgänger damals im Namen des ganzen Deutschen Bundestages versprochen hat, den NATO-Doppelbeschluß eingehalten. Wir haben die Notwendigkeit der Stationierung erkannt, und wir haben sie durchgesetzt. Und es ist auch keine neue Eiszeit eingetreten, die Ost-West-Beziehungen haben sich weiterentwickelt, und das gilt insbesondere für die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Es ist unübersehbar, daß wir ohne, daß an irgendeinem Punkt die prinzipiellen Unterschiede und unsere Grundposition aufgegeben wurde, es möglich war, in vernünftigen Gesprächen zugunsten der Menschen in beiden Teilen Deutschlands — wenn auch nur ein kleines Stück, aber immerhin ein Stück — voranzukommen.

■ HEINER GEISSLER:

Unser Programm zeigt viele vernünftige und praktische Maßnahmen auf

Mit der Beratung und Verabschiedung des Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erfüllen wir nicht nur einen Auftrag des letzten Bundesparteitages, sondern leisten einen Beitrag zu einem der drängendsten Probleme unserer Zeit. Es gibt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kein Patentrezept. Es gibt aber den Weg der vielen kleinen Schritte, und wer nicht bereit ist, diese vielen kleinen Schritte zu machen, wird nicht am Ziel ankommen, stellte Heiner Geißler fest.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein Teil der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Es wird daher keine isolierte Lösung des Problems geben. Aber junge Menschen trifft die Arbeitslosigkeit psychologisch besonders hart. Sie stehen nach der Schule vor einer vernagelten Welt. Das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, ist schlimm. Die kalte Dusche am Anfang ihres Berufslebens wird so schnell nicht vergessen. Die Folge ist oft Resignation oder Rebellion. Deshalb kann man sich nicht damit trösten, daß arbeitslose Jugendliche sozial abgesichert sind, z. B. durch Sozialhilfe. Sie brauchen zusätzliche Maßnahmen über die klassische Beschäftigung von Wirtschaftspolitik hinaus, aber ein Programm der vielen kleinen Schritte.

Unser Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein Programm gegen den Pessimismus, den die SPD allenthalben verbreitet. Die Jugendarbeitslosigkeit ist — das muß

man deutlich sehen — Teil der Konkursmasse, die wir von der SPD übernommen haben. Durch die Initiative des Bundeskanzlers haben Industrie, Handel, Handwerk und Verwaltung 46 000 Ausbildungsplätze mehr als 1982 zur Verfügung gestellt, insgesamt fast 700 000. Dies ist die größte Zahl von Ausbildungsplätzen, die seit Kriegsende in einem Jahr zur Verfügung stand. Wir brauchen auch für 1984 eine entsprechende Anstrengung.

Wir fordern die SPD auf, in diesem Jahr Anstrengungen in Wirtschaft und Verwaltung nicht zu behindern, sondern zu unterstützen. Die SPD handelt verantwortungslos, wenn sie auch in diesem Jahr Angst und Unruhe unter den jungen Menschen schürt, um auf diesem Feuer ihre parteipolitische Suppe kochen zu können.

Ohne Wachstum geht nichts

Eine entscheidende Voraussetzung dieses Programms ist die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft. Wachstum ist gewiß nicht alles. Aber ohne Wachstum geht nichts. Was sollen gut ausgebildete Kfz-Schlosser denn reparieren, wenn die Automobilindustrie stagniert? Wo soll ein tüchtiger Bauhandwerker denn schaffen, wenn die Zinsentwicklung den Baumarkt leergefegt hat? Wo soll ein Ingenieur für Regelungstechnik sein Wissen umsetzen, wenn den Unternehmen das Eigenkapital fehlt, um in prozeßgesteuerte Fertigungsanlagen investieren zu können? Nullwachstum ist ein Programm derjeni-

gen, die ihr Schäfchen schon ins trockene gebracht haben. Ein Programm der Saturierten, mancher Alternativen, die von der Sozialhilfe leben, die von den Arbeitern bezahlt wird. Man kann auch nicht den Stillstand des Sozialprodukts und gleichzeitig die Erhöhung der Sozialleistungen fordern. In den selben Zusammenhang gehört die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei gleichzeitigem Lohnausgleich. Der Zuwachs an Produktivität kann nur einmal verteilt werden. Wer ihn zu Lasten neuer Investitionen verteilen will, der verhindert neue Arbeitsplätze in der Zukunft. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche richtet sich gegen die Arbeitnehmer und ist ein arbeitsmarktpolitisches Harakiri.

Wir sind nicht blind für die Chancen, die in den verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung liegen. Aber sie müssen wirklich geeignet sein, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und dürfen sie nicht noch verschärfen. Millionenarbeitslosigkeit ist ja im Grunde eine Form zwangsweiser Arbeitszeitverkürzung — und überdies die teuerste.

Jugendlichen Arbeitslosen ist mit großartigen Perspektiven nicht geholfen. Was sie brauchen ist kurz- und mittelfristige, ganz hautnahe Hilfe. Deshalb ist unser Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Programm der vielen kleinen Schritte, um jungen Menschen zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu verhelfen.

Unser Programm ist eine praktische Maßnahmenpalette, die helfen soll, die vielen Stolpersteine wegzuräumen auf dem Weg zu einer guten Ausbildung oder einem sicheren Arbeitsplatz.

Wo liegen die Probleme?

Die meisten jungen Menschen stolpern offensichtlich über die Berufsausbildung.

Ein erster Schritt im Kampf um die Arbeitslosigkeit ist die Bildung der jungen Menschen. Zwei Drittel aller arbeitslosen Jugendlichen hat keine oder nur eine abgebrochene Lehre. Ein Drittel von ihnen hat noch nicht einmal die Hauptschule geschafft. In der Vergangenheit konnten wir uns damit eher abfinden, weil diese Jugendlichen als ungelernete Kräfte Einkommen und Auskommen fanden. Das gelingt heute kaum noch und wird angesichts der künftigen technologischen Entwicklung so gut wie unmöglich sein.

Deshalb sagen wir: eine Ausbildung ist besser als keine Ausbildung. Wer einmal im Leben das Lernen gelernt hat, der ist auch fähig zum lebenslangen Lernen. Dieser Grundsatz ist die einzig gültige Fahrkarte für den Zug in die Zukunft.

Deshalb sind die Vorschläge zur Verbesserung der beruflichen Bildung Schwerpunkte dieses Programms.

Gegen Arbeitsverhinderungsämter

Ein ärgerlicher Stolperstein scheint auch das Arbeitsamt zu sein. Ich sage das hier ganz unpolemisch. Wenn man in Diskussionen auf die Möglichkeiten des Arbeitsamtes verweist, wird man nicht selten ausgelacht. Offensichtlich wird die Berufsberatung und Arbeitsvermittlung von den Jugendlichen und ihren Eltern, aber auch von den Schulen und den Ausbildungsbetrieben als nicht sehr hilfreich erfahren. Wir schlagen deshalb Maßnahmen vor, damit aus dem Arbeitsamt kein „Arbeitsverhinderungsamt“ wird.

Ein ganz konkretes Beispiel dafür ist folgender Fall: Ein CDU-Stadtverband in Hessen hat wie die meisten anderen Kreisverbände im Rahmen einer Lehrstellenaktion Firmen angeschrieben, im konkreten Fall 280, und dadurch über 30 zusätzliche Ausbildungsplätze nachweisen können. Auf Druck von SPD-Mandatsträgern hin

hat dann die Arbeitsverwaltung das ganze Instrumentarium des Arbeitsförderungs-gesetzes in Gang gesetzt, um diese Initiative zu stoppen. Dazu kann ich nur sagen:

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir nicht unbedingt neue Gesetze. Aber wir verlangen, daß die Gesetze, auch das Arbeitsförderungs-gesetz, von den Behörden nicht gegen die Bürger, sondern zugunsten der Bürger ausgelegt und angewendet werden.

Ein weiteres Hindernis sind die ausbildungshemmenden Vorschriften. Hier ist schon viel erreicht worden, aber wir sind noch nicht am Ende. Ich kann es verstehen, wenn ein Meister einen Bewerber aus dem Berufsgrundbildungsjahr nicht ohne weiteres akzeptiert. Er ist nämlich verpflichtet, dieses Schuljahr voll auf die Lehre anzurechnen, obwohl das, was in der Schule gelernt wurde, manchmal nur wenig zu dem paßt, was im Betrieb passiert. Eine Änderung der Anrechnungsverordnung wäre für die Qualität der Lehrlingsausbildung ein Gewinn; lediglich die ideologischen Gegner des dualen Systems hätten eine weitere Niederlage hinzunehmen.

Ausbildungsplätze dürfen nicht unnötig blockiert werden

Neben Stolpersteinen gibt es auch Schlaglöcher. Rund 20000 Ausbildungsplätze bleiben jährlich unbesetzt, weil Jugendliche bei mehreren Betrieben Verträge abschließen, aber nach der endgültigen Entscheidung den anderen Firmen nicht Bescheid geben. So werden Ausbildungsplätze unnötig blockiert und können oft für das laufende Ausbildungsjahr nicht mehr besetzt werden. Deshalb schlagen wir die Einführung einer Lehrstellenannahmekarte vor, die zwar nicht Mehrfachbewerbungen, wohl aber Mehrfachverträge unmöglich macht. Ich begrüße es, daß das

Land Niedersachsen unseren Vorschlag bereits aufgegriffen hat.

Im Gegensatz zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, konkret gesprochen die von der Bundesregierung beschlossene Vorruhestandsregelung, eine sinnvolle und hilfreiche Entscheidung.

Es ist besser, einem 59jährigen ein Vorruhestandsgeld als einem 30jährigen das Arbeitslosengeld zu finanzieren.

Für mehr Flexibilität in der Arbeitszeit

Wir haben in diesem Programm eine Reihe von weiteren Vorschlägen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit gemacht. Hier stehen sich zwei Fronten gegenüber: Gewerkschaften und andere halten fest an starren, kollektivistischen Arbeitszeitregelungen. Wir sind der Auffassung, daß auf neue Probleme auch neue Antworten gefunden werden müssen. Und dazu gehören unsere Vorschläge für die Teilzeitarbeitsplätze, für Arbeitsplatzteilung bis hin zur Einschränkung der Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst. Die Menschen zweifeln doch zu Recht an den Gesetzen und an der Bürokratie: Es gibt 250000 Arbeitslose, die nur Teilzeitarbeitsplätze suchen, das heißt, sie wollen keine 8 Stunden täglich arbeiten. Und gleichzeitig gibt es 2 Millionen Vollerwerbstätige, die auch nicht 8 Stunden täglich arbeiten wollen, sondern weniger.

Die einen arbeiten also null Stunden, wollen aber 4 Stunden arbeiten und dürfen es nicht, die anderen arbeiten 8 Stunden und wollen nur 4 Stunden arbeiten und dürfen es auch nicht. Das ist höherer politischer Unsinn zu Lasten der Menschen. Was wollen wir für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung?

Müssen sich denn die Menschen an eine erstarrte Wirtschafts- und Ge-

sellschaftsordnung anpassen, oder ist es nicht besser, daß sich die Wirtschafts- und Arbeitszeitordnung an die Bedürfnisse der Menschen anpaßt.

Und warum eigentlich soll es ein Tabu und unantastbar sein, daß Angehörige des öffentlichen Dienstes, in unkündbarer Position, neben — und für manche gilt während — ihrer hauptamtlichen Tätigkeit noch einen zusätzlichen Verdienst nebenamtlich erwerben können, während andere überhaupt nichts verdienen.

Darüber hinaus müssen wir auch eine gesetzliche und tarifvertragliche Erleichterung von befristeten Arbeitsverträgen erreichen. Damit sind nicht Kettenarbeitsverträge gemeint. Aber unser Instrumentarium muß gelenkiger werden. Wir müssen flexibler reagieren können, wenn z. B. eine Vertretung eingestellt werden soll für einen wehrpflichtigen Arbeitnehmer oder für eine Frau in Mutterschaftsurlaub. Mit der bisher praktizierten Alles-oder-nichts-Methode üben wir uns in Grundsatztreue zu Lasten von Arbeitslosen!

Bessere Chancen für Frauen und Mädchen

Bei der Herstellung von Chancengleichheit für Mann und Frau sind wir ohne Zweifel ein gutes Stück weitergekommen. Gerade die beharrliche politische Arbeit vieler Frauen ist nicht ohne Ergebnis geblieben. Ich denke, der Bundesausschuß sollte diesem Engagement der Frauen in der CDU seine Anerkennung bezeugen. Aber immer noch liegt hier vieles im argen. Die Mädchen haben in den vergangenen Jahren im Bereich der Schulbildung gegenüber den Jungen gewaltig aufgeholt.

Aber selbst bei besseren Schulleistungen der Mädchen sind ihre Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt erschreckend

gering. Wir müssen endlich fort von dem Klischee der sogenannten klassischen Frauenberufe wie Friseurin, Verkäuferin oder Näherin. Deshalb legt unser Programm in einem eigenen Kapitel einen Katalog von Schwerpunktmaßnahmen vor, die vor allem darauf abzielen, neue Möglichkeiten in gewerblich-technischen Berufen zu erschließen. Warum sollen eigentlich Mädchen nicht Fliesenleger oder Elektriker werden?

Das große Problem der Akademikerarbeitslosigkeit

In diesem Programm nehmen wir noch nicht Stellung zum Problem der arbeitslosen Akademiker. Dieses Problem wird aber von Jahr zu Jahr drängender. Wenn sich die Entwicklung so fortsetzt, kommt in wenigen Jahren auf zwei Maurer ein Architekt, auf zwei Elektriker ein Elektroingenieur. Anders gesagt: Wir leisten uns heute den volkswirtschaftlichen Unsinn, Diplom-Arbeitslose zu produzieren. Natürlich wollen wir keine planwirtschaftliche Steuerung von Bildung und Ausbildung. Aber wir dürfen doch gegenüber den jungen Leuten nicht länger so tun, als könnte jeder der bald eineinhalb Millionen Studenten einmal einen seiner Ausbildungsplätze bekommen.

In verschiedenen Parteigremien sind zu diesem Thema Vorschläge erarbeitet worden, die uns aber noch nicht zufriedenstellen können. Ich schlage Ihnen daher vor, die Zukunftskommission Jugend zu beauftragen, auf der Basis der schon erarbeiteten Entwürfe sobald wie möglich einen neuen Vorschlag zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventen zu erarbeiten, über den der Bundesparteiausschuß nach Möglichkeit schon im Herbst beraten und entscheiden wird.

■ DEMOSKOPIE

Politische Stimmung gut für die Union

Das Ansehen von Bundeskanzler Helmut Kohl hat auch nach seiner Entscheidung, Verteidigungsminister Manfred Wörner im Amt zu behalten, weiter zugenommen. Jüngste Umfragen von Infas zeigen, daß der Bundeskanzler Ende Januar 1984 von 49,5 Prozent der Befragten das Prädikat „gut“ erhielt; das sind 0,5 Punkte mehr als im Dezember 1983.

Auch die Ergebnisse der sogenannten Sonntagsfrage („Was würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?“) belegen, daß die Bundesregierung ihre Stellung in der Wählergunst seit Jahresbeginn sogar noch verbessern konnte.

Infas zum Beispiel erhielt auf die Sonntagsfrage folgende Antworten:

Zeitraum der Befragung	2. Jan. bis 29. Jan. 1984		Dez. 1983
	in Prozent		
CDU/CSU	49,5	49,0	
SPD	39,5	39,0	
FDP	5,0	5,5	
Grüne	5,5	6,0	

Ganz offensichtlich honorieren die Bürger vor allem die Erfolge der Bundesregierung auf wirtschaftlichem Gebiet: Bei Infas überwiegt erstmals seit dem Frühjahr 1983 die Zahl der Optimisten wieder die der Pessimisten; bei Emnid wird die höchste Zahl von Wirtschaftsoptimisten seit Mai 1983 unter den Regierungsanhängern gemessen. Auch die Forschungsgruppe Wahlen (Mannheim) kommt im Januar 1984 zu dem Ergebnis, daß die Zahl derjenigen Bürger, die in Jahresfrist eine Ver-

besserung der wirtschaftlichen Lage erwarten, mit rund 29 Prozent deutlich höher liegt als die Zahl derjenigen, die eine Verschlechterung erwarten (17 Prozent).

Wie weit sich demgegenüber die SPD vom Wähler entfernt hat, belegt das Wählerurteil über das derzeitige Hauptthema der SPD, nämlich die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Nach Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen wollen von den Berufstätigen nur 34 Prozent die 35-Stunden-Woche, rund 66 Prozent sind dagegen, und zwar auch bei vollem Lohnausgleich. Selbst SPD-Anhänger lehnen die 35-Stunden-Woche mehrheitlich ab (57 Prozent); nur 42 Prozent befürworten sie. Vergleichbar entscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder: 58 Prozent sind dagegen; noch nicht einmal 42 Prozent dafür.

Stoltenberg begrüßt Beschluß des BFH

Der Bundesfinanzhof hat es abgelehnt, die Vollziehung der Investitionshilfeabgabe auszusetzen. Er hat damit bestätigt, daß die Investitionshilfeabgabe von den Arbeitgebern einzubehalten und abzuführen ist. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg begrüßt diese Entscheidung. Denn damit sind auch Zweifel an der Pflicht zur Anmeldung der Investitionshilfeabgabe ausgeräumt. Die Investitionshilfeabgabe ist als Solidarbeitrag der besser verdienenden Mitbürger für wichtige Vorhaben zur Belebung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch politisch unverändert von großer Bedeutung.

■ WAHLEN

„Volksbefragung“ stößt auf rechtliche Bedenken

Gegen die Absicht des „Koordinationsausschusses Volksbefragung“ am 17. Juni anlässlich der Europawahl in der Nähe der Wahllokale bundesweit eine „Volksbefragung“ durchzuführen, hat sich der Bundeswahlleiter gewandt. In einem Brief an den Koordinationsausschuß heißt es u. a. . . . „Gerade dieses ‚Anhängen‘ an die öffentliche, also von der staatlichen Gemeinschaft aller Bürger organisierte Wahlhandlung, ist rechts- und allgemeinpolitisch aus meiner Sicht als Bundeswahlleiter außerordentlich problematisch . . .“

Ich bitte zu bedenken, daß die Wahl in einem Staat wie der Bundesrepublik Deutschland mit einem repräsentativen Demokratiesystem der zentrale grundlegende Akt der Einflußnahme des Volkes als Souverän auf die Staatswillensbildung ist. Mit ihm wird jedem Bürger Gelegenheit gegeben, sich an der politischen Grundentscheidung für die nächsten Jahre zu beteiligen und diese mit zu formen. Da die Mehrheiten ausschlaggebend, aber auch die Anteile der Minderheiten für die Durchsetzung politischer Ziele bedeutsam sind, kommt es in einer Demokratie darauf an, daß möglichst viele Bürger in freier Entscheidung an diesem konstitutiven Akt der Wahl teilnehmen.

Das Recht der freien Wahl ist deshalb in Generationen erstritten und in Revolutionen durchgesetzt worden. Wir wissen alle, daß dieses Recht auch heute noch nicht überall in näherer und fernerer Nachbar-

schaft der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich ist.

Aus diesem Grund muß das Prinzip der freien Wahl nicht nur gegen den Staat, gegen das, was man früher Obrigkeit nannte, verteidigt, sondern auch gegen objektive und subjektive Gefährdungen von privaten und öffentlichen Gruppen und Bewegungen — geschützt werden. Hierin sehe ich auch eine meiner wesentlichen Aufgaben als Bundeswahlleiter.

Das Recht der freien Wahl wird nicht nur durch das Wahlgeheimnis geschützt, das durch die Einsamkeit in der Wahlzelle und die entsprechende Behandlung des Stimmscheines gewährleistet wird. Zur Freiheit der Wahl gehört vielmehr auch der absolut ungehinderte, unbehelligte Zugang zum Wahllokal, der nicht durch mögliche subjektive Pressionen, durch den öffentlichen Zwang zu einer ebenso öffentlichen „Vorabstimmung“ vor dem Wahllokal eingeschränkt werden darf. Darauf könnte aber möglicherweise im Ergebnis und für das Empfinden vieler Wähler die von Ihnen geplante „Volksbefragung“ hinauslaufen, soweit sie im räumlichen Umfeld der Wahllokale stattfindet. Ich appelliere daher an Ihre Bereitschaft, die demokratischen Lebensformen nicht nur rechtlich, sondern auch in der praktischen Übung lebendig zu erhalten, und bitte Sie, bei Ihren Entscheidungen die angerissenen Zusammenhänge noch einmal zu überdenken. Auch die politischen Parteien unterlassen wegen dieser Zusammenhänge derartige Aktionen am Wahltag.

Der Koordinationsausschuß setzt sich u. a. aus folgenden Gruppierungen zusammen: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF), Antistützung der Frauen für den Frieden, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS).

SPD-MEDIENKONZEPT

Ein später Sieg der Vernunft

Als eine „späte, aber bemerkenswerte Kurskorrektur“ bezeichnete der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel die Ankündigung der SPD, in der Bundesrepublik auch private Programmträger in Rundfunk und Fernsehen zuzulassen. Er sehe darin einen erfreulichen Sieg der Vernunft. Jahrelange Bemühungen der Union für ein modernes, leistungsfähiges, fortschrittliches Medienkonzept, die immer auf den erbitterten Widerstand der SPD gestoßen seien, fänden nunmehr damit ihre Bestätigung.

Nachdem der Regierungswechsel in Bonn das Ende der technischen Blockade zur Einführung der neuen Medien in der Bundesrepublik gebracht hat, ist nun auch — zumindest im Ansatz — ein Ende der Blockade von mehr Meinungsvielfalt und damit mehr Meinungsfreiheit in Sicht. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident fordert die Unionsländer auf, zielstrebig ihr Medienkonzept zu verwirklichen und richtet an den Bundespostminister die Bitte, an seiner konsequent verfolgten Politik der Verkabelung festzuhalten.

Späte Einsicht ist besser als gar keine, erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich, zu dem von der SPD vorgestellten neuen Medienkonzept. Die neuen Erkenntnisse der SPD sollten nun in praktische Medienpolitik umgesetzt werden. Dazu bietet sich ein medienpolitischer Pakt der Vernunft zwischen den Parteien und den gesellschaftlichen Gruppen an.

Nach Auffassung von Weirich sollte die

SPD in den von ihr regierten Ländern jetzt rasch Landesmediengesetze den Parlamenten vorlegen. Ein neuer gesetzlicher Rahmen ist erforderlich, um die sich aus der Technik ergebenden neuen Rundfunkmöglichkeiten zu nutzen. Auch die Union hält die Reform der verkrusteten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für ein vorrangiges Ziel. Wenn die SPD eine Verminderung des Parteeinflusses auf die Monopolkolosse anstrebt, sollte sie es nicht bei frommen Wünschen belassen, sondern mit gutem Beispiel vorangehen.

Wichtig ist, daß freie und private Rundfunkveranstalter die gleichen Chancen wie öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten erhalten. Dabei müssen die gewachsenen erheblichen Wettbewerbsvorteile der öffentlich-rechtlichen Monopolanstalten gesehen werden. Vor allem darf die Werbung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht ausgedehnt werden.

Die SPD hat bereits bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 23. Februar 1984 Gelegenheit, zu zeigen, ob sie es mit der Organisation eines publizistischen Wettbewerbs zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk wirklich ernst meint: Der europäische Kommunikations-satellit ECS macht Privatfernsehen noch in diesem Jahr möglich. Ein erster praktischer Einstieg in eine neue Medienlandschaft kann damit getan werden.

Wer Fremdkommerzialisierung bei den neuen Medien vermeiden will, muß Veranstaltern im eigenen Land Chancen der Entfaltung geben. Durch ihre bisherige Blockade hat die SPD sich und privaten deutschen Rundfunkinteressenten einen Bärendienst geleistet.

■ EUROPA

Beschämendes Schauspiel der Sozialisten in Straßburg

Mit eindrucksvoller Mehrheit hat das Europäische Parlament den Vorentwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union verabschiedet. Das Parlament hat damit erneut unter Beweis gestellt, daß es als Anwalt der Bürger Europas, die die Einigung ihrer Völker in Frieden und Freiheit wollen, handelt. Die breite Mehrheit für den Vertragsentwurf ist in erster Linie dem Votum der europäischen Christlichen Demokraten und Christlichen Sozialen (EVP) zu danken, die geschlossen dafür stimmen, stellte Egon Klepsch, Vizepräsident des Europäischen Parlamentes, fest.

Um so enttäuschender für die Bürger Europas war demgegenüber das Abstimmungsverhalten insbesondere der Sozialistischen Fraktion, die ein trauriges Bild innerer Zerrissenheit bot. Die Hälfte ihrer Abgeordneten vermochten nicht über den Tellerrand ihrer engen, von Ideologie und nationalistischer Kleinlichkeit geprägten Interessen hinauszublicken. Zu denen, die dem Entwurf ihre Zustimmung versagten, gehören auch vier deutsche Sozialdemokraten, darunter die Spitzenkandidatin der SPD für die kommende Europa-Wahl, Katharina Focke.

Dieses Verhalten steht in krassem Gegensatz zu den vollmundigen Erklärungen, die auf der Sitzung des Parteirates der SPD in

Fellbach bei Stuttgart zu hören waren. Der gescheiterte Europa-Politiker und SPD-Vorsitzende Willy Brandt hatte dort unter anderem gesagt, daß das Schicksal der Bundesrepublik davon abhängt, „wie sich Europa insgesamt behauptet und entwickelt“. Frau Focke hatte erklärt: „Unser Kontinent wird keine Zukunft haben, wenn es nicht gelingt, den Herausforderungen, denen die Völker Westeuropas gemeinsam gegenüberstehen, auch gemeinsam zu begegnen.“

In Straßburg hätten die deutschen Sozialdemokraten beweisen können, daß Worte und Taten bei ihnen übereinstimmen. Statt dessen hat ihre Spitzenkandidatin, im Bunde mit anderen, der europäischen Öffentlichkeit eindrucksvoll vorgeführt, daß ihre Fellbacher Äußerung nicht einmal propagandistischen Wert hat. Ein beschämendes Schauspiel. Wer Europas Zukunft den Sozialdemokraten anvertraut, setzt sie in den Sand.

Europa-Parlament erteilt 35-Stunden-Woche eine Absage

Das Europäische Parlament hat der Forderung der Sozialisten nach der 35-Stunden-Woche eine klare Absage erteilt. Auf Antrag der CDU-Abgeordneten Marlene Lenz und Elmar Brock im Namen der EVP-Fraktion hat das Europäische Parlament sich für eine flexible Handhabung der Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitorganisation ausgesprochen. Ausdrücklich wird auf die Zuständigkeit der Tarifpartner und auf die Notwendigkeit hingewiesen, die wirtschaftliche Wiederbelebung nicht durch zusätzliche Kosten zu gefährden.

Das Europäische Parlament sprach sich für Teilzeitarbeit und Jobsharing sowie für verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung aus. Sie sollen flexibel nach Branchen, Betriebsgrößen und Regionen gehandhabt werden.

26. EAK-BUNDESTAGUNG

Barmen heute – Der evangelische Christ im Staat des Grundgesetzes

Am 31. Mai 1984 jährt sich zum 50. Male jene von Lutheranern, Reformierten und Unierten aus 19 deutschen Landeskirchen in Barmen-Gemarke beschlossene Erklärung zur Lage der evangelischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland, von der Karl Barth sagte, sie sei ein „Ruf nach vorwärts“. Der Prüfungsauftrag für die mit über 900 Dauerteilnehmern bisher bestbesuchte EAK-Bundestagung lautete: Ist das mutige Zeugnis der Bekenntnissynode für den evangelischen Christen im Staat des Jahres 1984 mehr als eine kirchengeschichtlich bedeutsame Erklärung; kann es Orientierung, Zielbestimmung und Wegbeschreibung im persönlichen wie im staatlichen und kirchlichen Bereich sein?

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Die vielfältigen Referate und Diskussionen auf hohem geistig-geistlichem Niveau haben zahlreiche Impulse gegeben für eine Standortbestimmung von Kirche und Staat und für unsere Politik aus christlicher Verantwortung. In die politisch-ethische Diskussion um die Werteorientierung in Staat, Kirche und Gesellschaft haben die aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland angereisten evangelischen Christen in der Union ihre Positionen eingebracht.

Das traditionell am Vorabend der Bundestagung stattfindende Theologische Abendgespräch zum Thema „Bedeutung und Grenzen der Bekenntnisschrift von

Barmen heute“ stand unter der Leitung des Vizepräsidenten des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Dr. Hans-Ulrich Klose. In seinem einleitenden Vortrag kam Prof. Dr. Martin Honecker, Bonn, zu dem Ergebnis, daß die 6 Barmer Thesen in ihrer Grundaussage nichts anderes als die Erinnerung an die Botschaft von der freien Gnade Gottes sind. Sie stellen Irrtümern evangelische Wahrheiten entgegen, aber sie entwerfen nicht oder nicht ausdrücklich ein theologisches oder gar ein politisches Programm. Hierin waren sich die Gesprächsteilnehmer, die Zeitzeugen Pfarrer i. R. Hermann Lutze, Wuppertal, und Prof. Dr. Dr. Wilhelm Hahn, Heidelberg, ebenso einig wie Prof. Dr. Klaus Goebel, Wuppertal, und der Staatsminister beim Bundeskanzler, Friedrich Vogel, der tags zuvor bei der Wahl eines neuen EAK-Bundesvorsitzenden dem rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten Albrecht Martin nur knapp mit 27 zu 29 Stimmen unterlegen war.

Kirchenrat Albrecht von Mutius stellte sein Geistliches Wort zu Beginn der Samstagveranstaltung u. a. unter das Bibelwort: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.“ Denn wer sich mit Barmen 1934 beschäftige, werde bald merken, daß der Grundakkord dieser Erklärung ein zuversichtlicher, ermutigender ist. Dies hätten die Menschen damals als hilfreiche Klarstellung empfunden, und auch heute sei manches Nein notwendig zu einer Haltung, die sich von Ängsten treiben lasse. In seinem Hauptvortrag zum Tagungsthema formulierte der Bevoll-

mächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland, Prälat Heinz-Georg Binder, Bonn, ein deutliches Ja zum Staat des Grundgesetzes. Dabei gehören für Prälat Binder Staat und Recht zusammen. Er wandte sich gegen eine unzulässige Vermischung von Politik und Evangelium und fragte nach der eigentlichen Priorität in der Kirche. Prälat Binder wörtlich: „Wenn ich die Tagesordnungen unserer Synoden und Kirchenleitungen ansehe, dann erscheint mir manchmal das Evangelium wie unter tausend anderen Sachen versteckt.“

In seinem Koreferat betonte der wegen seiner Wahl zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts aus dem Amt des EAK-Bundvorsitzenden ausgeschiedene Professor Dr. Roman Herzog, daß dem Staat des Grundgesetzes mehr Loyalität entgegenzubringen sei. Dies sei nicht nur eine ganz ernste Anfrage an jeden einzelnen Christen, sondern auch eine Anfrage an die christlichen Kirchen: „Auch sie genießen in diesem freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesen eine Freiheit — und übrigens auch eine staatliche Unterstützung — die sie seit den Tagen des naiven Staatskirchentums nicht mehr genossen haben ...“

Nichts stehe ihrer Verkündigung im Wege, betonte Prof. Herzog, und sie hätten praktisch jederzeit Zugang zu den verantwortlichen Politikern. Darüber hinaus würden weite Teile ihrer diakonischen Arbeit mit Millionen und Abermillionen aus öffentlichen Kassen subventioniert. Eigentlich müsse man erwarten, daß sich darauf ein enges und warmherziges Verhältnis ihrer Amts- und Würdenträger zu diesem Staat aufbauen ließe, in aller Freiheit und selbstverständlich auch in der Distanz, die zu halten jeder Kirche gegenüber jedem Staat gut tue. Aber es gehe die Rede vom Aussteigertum und von der Aussichtslosigkeit um, und deshalb betonte Prof. Her-

zog: „Eine christliche Rede ist das nicht, mit der man sich selbst Hoffnungslosigkeit einredet.“

Vor mehr als 2500 Zuhörern zeichnete Bundeskanzler Helmut Kohl bei der öffentlichen Schlußkundgebung die Grundlinien und Fundamente der Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Unionsparteien.

„Wer die politischen Aufgaben wahrnimmt und im Spannungsfeld der Macht steht, muß sein Tun auch immer wieder daraufhin prüfen, ob er es vor seinem Gewissen und vor Gott verantworten kann. Eine allein durch Pragmatik geprägte Politik wird dem Druck nicht standhalten, den der Zeitgeist, die Gruppeninteressen und materialistisches Anspruchsdenken auf sie ausüben.“

Ausführlich beschäftigte sich der Bundeskanzler mit den ethischen Grundlagen unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und den Bemühungen der Bundesregierung, den Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

Als Hauptaufgabe grundwertorientierter Innenpolitik in unserer Zeit kennzeichnete der Kanzler das Ziel, „Arbeit zu schaffen und für einen gerechten sozialen Ausgleich zu sorgen“. Helmut Kohl: „Die Soziale Marktwirtschaft hat sich ökonomisch als erfolgreich erwiesen. Doch mehr noch sie ist eine soziale Friedensordnung freier Menschen ... Wir ermutigen die Bürger, nicht nur zu fragen ‚wer hilft mir?‘, sondern auch ‚wem helfe ich?‘. Unsere Gesellschaft beweist ihre Humanität, wenn viele ihren Dienst am Nächsten leisten, wenn viele für andere da sind — nicht nur jeder für sich selbst ... Wir wollen eine rücksichtsvollere Gesellschaft, die über den materiellen Interessen die Bedürfnisse jenseits von Angebot und Nachfrage nicht vergißt. Fortschritt muß mehr sein als nur eine Vermehrung materieller Güter.“

STICHWORT

„59er-Regelung“

Als „59er-Regelung“ wird die Möglichkeit nach § 128 des Arbeitsförderungsgesetzes in der Fassung vom 22. Dezember 1981 bezeichnet, daß Arbeitnehmer mit 60 Jahren in Rente gehen können, wenn sie zuvor ein Jahr arbeitslos gewesen sind. Der vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Rechts der Arbeitsförderung und der gesetzlichen Rentenversicherung an die Einführung von Vorruhestandsleistungen“ ergänzt die Regelungen, die im „Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand“ vorgesehen sind. Der Entwurf sieht eine Erweiterung der bisherigen Erstattungspflichten des Arbeitgebers vor:

— Der Arbeitgeber, bei dem der Arbeitslose in den letzten zwölf Jahren mindestens zehn Jahre beschäftigt war, soll neben dem Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe in Zukunft auch das vorgezogene Altersruhegeld erstatten, wenn der Versicherte dieses Altersruhegeld nur wegen der Arbeitslosigkeit geltend machen kann.

— Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und vorgezogenes Altersruhegeld wegen Arbeitslosigkeit sollen für insgesamt drei Jahre erstattet werden.

— Arbeitgeber mit in der Regel nicht mehr als 20 Arbeitnehmern (ohne Auszubildende und Schwerbehinderte) sollen von der Erstattungspflicht ausgenommen werden. Für Arbeitgeber mit nicht mehr als 40 beziehungsweise 60 Arbeitnehmern ermäßigt sich die Erstattungspflicht auf ein Drittel beziehungsweise zwei Drittel des vollen Erstattungsbetrages.

— Die gesetzliche Regelung, nach der die Erstattungspflicht bei „unzumutbarer wirtschaftlicher Belastung“ entfällt, wird im Interesse der Rechtssicherheit genauer gefaßt.

Die Erstattungspflicht soll entfallen,

— wenn zur Wiederherstellung der Er-

tragsfähigkeit des Betriebes öffentliche Zuschüsse, Kredite oder Bürgschaften oder wegen grundlegender Betriebsänderungen öffentliche Anpassungshilfen gewährt werden,

— wenn der Arbeitgeber sich in nachhaltigen und erheblichen finanziellen Schwierigkeiten befindet und die Zahl der Arbeitnehmer im Betrieb, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt war, um mehr als 15 Prozent innerhalb von zwei Jahren vermindert worden ist,

— wenn die Erstattung die Existenz des Betriebes gefährdet.

Das neue Recht soll grundsätzlich nur für Fälle gelten, in denen das Arbeitsverhältnis nach Inkrafttreten des Gesetzes endet.

Kalender des Gesamtdeutschen Instituts schon vergriffen

Der Kalender des Gesamtdeutschen Instituts für das Jahr 1984, der Städten und Landschaften beiderseits der innerdeutschen Grenze gewidmet ist und der Ende des vergangenen Jahres politisches Aufsehen erregte, ist besonders gefragt. Er war — früher als in den Vorjahren — schon Ende Januar vergriffen. Im Gesamtdeutschen Institut schließt man nicht aus, daß für dieses gesteigerte Interesse nicht nur das Thema verantwortlich ist, sondern auch der nordrhein-westfälische Kultusminister Schwier, der seine Genehmigung dafür versagte, den Kalender an die Schulen Nordrhein-Westfalens auszuliefern. Schwier hatte dies damit begründet, daß der Kalender das Trennende zwischen den beiden deutschen Staaten betone und viele Textbeiträge zu sehr an Emotionen, an unterschwellige negative Gefühle des Lesers appellierten und zu wenig die Bereitschaft zu kritischer Auseinandersetzung mit der deutschen Teilung förderten. Schwiers Entscheidung war vom Deutschen Lehrerverband scharf kritisiert worden.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Rundfunk-Wende

Spät kommt sie, doch nun fällt sie um so deutlicher aus: die medienpolitische Kehrtwendung der SPD. Bisher jedweden Rundfunkkommerz abhold, wollen Sozialdemokraten jetzt privaten Rundfunk „akzeptieren“. Mit ihrem „medienpolitischen Aktionsprogramm 1984“ übt die SPD nach mancherlei Signalen nicht mehr ganz überraschend Rundfunk-Toleranz. Sie hat damit erst einmal selber politischen Spielraum gewonnen. Sie drohte in die Isolation zu geraten, angesichts rasanter technischer Entwicklungen den Zug der Neuen Medien endgültig zu verpassen, ja eine Rundfunk-Kleinstaaterei und eine Fremdbestimmung der inländischen Rundfunkordnung durch Satellitenfunk zu dulden. Das „Aktionsprogramm“ ist also mehr später Einsicht, weniger eigenem Antrieb entsprungen, wenn auch die frühere dogmatische Festlegung auf das Rundfunkmonopol einer zunehmend kritischen Position weicht. Mit Argusaugen sieht die SPD, wie die Anstalten jeden neu eröffneten elektronischen Marktplatz zu Lasten eines offenen Wettbewerbs zu besetzen suchen. Ob nun aus sachlicher Einsicht oder taktischem Kalkül: die SPD will medienpolitisch wieder ins Gespräch kommen. Aus der Position

der Verweigerung war dies nicht möglich. Die Aufhebung der Blockade ist überfällig.
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Februar 1984

★

Es ist noch gar nicht lange her, da wurde die Öffentlichkeit mit Prognosen geschockt, im Winter 1983/84 würde die Dreimillionengrenze bei den registrierten Erwerbslosen überschritten. Aus dieser Sicht waren auch die nächsten Millionschritte schon wohlfeil: vier, fünf — wer bietet mehr? Die Wirklichkeit sieht anders aus, wenngleich Vollbeschäftigung noch fern ist. Die Arbeitslosenzahl ist in den vergangenen fünf Monaten um 130000 gesunken, wenn man den Arbeitsmarkt von jahreszeitlichen Einflüssen bereinigt. Gleichzeitig erhöhte sich die Nachfrage, ausweislich der offenen Stellen, um rund ein Viertel, die Kurzarbeit sank um die Hälfte.

Für das Schicksal eines einzelnen Arbeitslosen sei ohne jeden Belang, so wird eingewendet, ob er „saisonbereinigt“, „strukturell“ oder „nur konjunkturell“ ohne Job sei. Stempeln sei schließlich Stempeln. Das wäre zu kurz gesprungen; denn es macht einen großen Unterschied, ob ein Erwerbsloser lange Monate oder gar Jahre der Stellensuche vor sich wähnt oder damit rechnen kann, schon im Frühjahr wieder eingestellt zu werden.

Die Welt, 15. Februar 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
 Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId